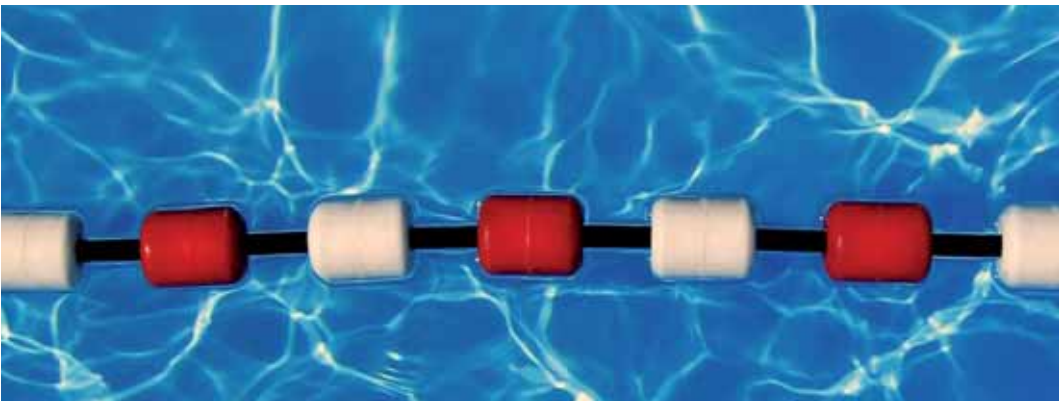


Claus Matecki / Thorsten Schulten (Hrsg.)



Zurück zur öffentlichen Hand?

Chancen und Erfahrungen
der Rekommunalisierung

Claus Matecki/Thorsten Schulten (Hrsg.)
Zurück zur öffentlichen Hand?
Chancen und Erfahrungen der Rekommunalisierung

Hermann Aden, Stadtrat in der Stadt Springe

Claudia Falk, DGB Bundesvorstandsverwaltung Vorstandsbereich 05,
Referatsleiterin Öffentliche Daseinsvorsorge und Mindestlohnkam-
pagne

Peter Grau, stellv. Gesamtbetriebsratsvorsitzender der E.ON Hanse AG,
Betriebsratsvorsitzender E.ON Hanse AG Betrieb Schuby

Thies Hansen, Gesamtbetriebsratsvorsitzender E.ON Hanse und
Betriebsratsvorsitzender E.ON Hanse AG Betrieb Hamburg

Jens Libbe, Wissenschaftler am Deutschen Institut für Urbanistik (DIFU)
in Berlin

Claus Matecki, Mitglied des DGB Bundesvorstands und zuständig für
die Bereiche Wirtschafts-, Finanz- und Steuerpolitik

Ruth Martin, Bereich Presse- und Öffentlichkeitsarbeit bei der Stadt-
werke Springe GmbH

Roland Schäfer, Bürgermeister der Stadt Bergkamen und Präsident
des Deutschen Städte- und Gemeindebundes

Karsten Schneider, Leiter der Abteilung Beamte beim DGB Bundes-
vorstand

Matthias Schrade, Geschäftsstelle des Gesamtpersonalrates der Stadt
Hannover

Thorsten Schulten, Wissenschaftler am Wirtschafts- und Sozialwis-
senschaftlichen Institut (WSI) in der Hans-Böckler-Stiftung in Düs-
seldorf

Klaus-Dieter Schwettscher, Beauftragter des Bundesvorstands von
ver.di in Hamburg

Renate Sternatz, Bereichsleiterin im Fachbereich Gemeinden beim
ver.di Bundesvorstand

Stefan Taschner, Bürgerbegehren Klimaschutz e.V.

Christian Ude, Oberbürgermeister der Stadt München und Präsident
des Deutschen Städtetages

Harald Wolf, Mitglied des Abgeordnetenhauses und Ex-Wirtschafts-
senator von Berlin

Hellmut Wollmann, emeritierter Hochschullehrer für Verwaltungsleh-
re am Institut für Sozialwissenschaft an der Humboldt-Universität
zu Berlin

**Claus Matecki/
Thorsten Schulten (Hrsg.)
Zurück zur öffentlichen Hand?
Chancen und Erfahrungen
der Rekommunalisierung**

VSA: Verlag Hamburg

Die Veröffentlichung erfolgt mit freundlicher Unterstützung
der Hans-Böckler-Stiftung.

www.vsa-verlag.de

© VSA: Verlag 2013, St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg
Umschlagfoto: chribier/photocase.com
Alle Rechte vorbehalten
Druck- und Buchbindearbeiten: Idee, Satz & Druck, Hamburg
ISBN 978-3-89965-535-3

I Inhalt

I Rekommunalisierung – ein neuer Trend?

Claus Matecki/Thorsten Schulten Zwischen Privatisierung und Rekommunalisierung	8
Zur Entwicklung der öffentlichen Daseinsvorsorge	

Jens Libbe Rekommunalisierung in Deutschland – eine empirische Bestandsaufnahme	18
---	----

Hellmut Wollmann Rekommunalisierung in europäischen Nachbarländern	37
--	----

Christian Ude Warum Kommunen ihre Dienste rekommunalisieren	48
---	----

Renate Sternatz Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung	60
--	----

I Rekommunalisierung in der Praxis

Roland Schäfer Stadtwerke und Eigenbetriebe – das Beispiel Bergkamen	68
--	----

Herman Aden/Ruth Martin Rekommunalisierung der Stadtwerke in Springe	84
--	----

Harald Wolf Zähes Ringen um den Rückkauf der Berliner Wasserbetriebe	95
--	----

Matthias Schrade Rekommunalisierung in der Landeshauptstadt Hannover	110
--	-----

Auswirkungen der Rekommunalisierung auf die Beschäftigten

Claudia Falk

**Bedeutung von Gewerkschaften und Betriebsräten
im Prozess der Rekommunalisierung** 120

Thies Hansen/Peter Grau

**Ein kritischer Blick auf Rekommunalisierungsprojekte
in der Energiewirtschaft** 140

Karsten Schneider

Gute Arbeit im öffentlichen Dienst 148
Beschäftigungsbedingungen und die Qualität
gesellschaftlich notwendiger Leistungen

Politische Initiativen gegen Privatisierungen – Initiativen für kommunale Demokratie

Klaus-Dieter Schwettscher

Die Bedeutung von Volks- und Bürgerentscheiden 162
An- und Einsichten zu direkter Demokratie
aus gewerkschaftlicher Sicht

Stefan Taschner

**Die Bedeutung von NGOs und lokalen Bündnissen
für die Entwicklung von Rekommunalisierungsprojekten** 173

Rekommunalisierung – ein neuer Trend?



Foto: Claudia Falk

Öffentlicher Personennahverkehr: noch »stark durch eine kommunale Eigentümerstruktur geprägt« (Jens Libbe)

Claus Matecki/Thorsten Schulten

Zwischen Privatisierung und Rekommunalisierung

Zur Entwicklung der öffentlichen Daseinsvorsorge

Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen

Im Laufe des 20. Jahrhunderts hat sich in den meisten (west-)europäischen Staaten eine Form des Kapitalismus herausgebildet, die auf einer »gemischten Wirtschaftsordnung« (mixed economy) beruhte, zu der neben der Privatwirtschaft auch ein umfassender öffentlicher Sektor gehörte. Den Kern des öffentlichen Sektors bildete die öffentliche Daseinsvorsorge, d.h. die gemeinwohlorientierte Bereitstellung öffentlicher Dienstleistungen und Güter durch staatliche und andere nicht-profitorientierte Unternehmen. Bei allen nationalen Unterschieden und Besonderheiten bildete die öffentliche Daseinsvorsorge überall in Europa einen wesentlichen Bestandteil des modernen Wohlfahrtsstaates, dessen Leistungen nicht nach Marktgesetzen, sondern entlang gesellschaftlicher und sozialer Ziele organisiert wurden (Ambrosius 2002, 2008).

Seit den 1980er Jahren unterliegt die öffentliche Daseinsvorsorge in Europa jedoch einem grundlegenden Wandel, der im Wesentlichen mit den Begriffen Liberalisierung und Privatisierung gekennzeichnet werden kann (Hermann/Flecker 2012). Mit der *Liberalisierung* kommt es zur Einführung von Markt und Wettbewerb, sodass die Bereitstellung öffentlicher Dienstleistungen zunehmend von marktwirtschaftlichen Effizienzkriterien dominiert wird, während die sozialen und gesellschaftlichen Zielstellungen immer mehr in den Hintergrund gedrängt werden. Eng damit verbunden ist die *Privatisierung*, im Zuge derer öffentliche Dienstleistungen in wachsendem Maße nicht mehr durch staatliche, sondern durch private, gewinnorientierte Unternehmen erbracht werden.

Am Beginn der Privatisierungswelle standen vor allem die großen nationalen Netzwerkindustrien wie z.B. Energie, Post, Telekommuni-

kation, Bahn usw. im Zentrum. Nachdem diese weitgehend privatisiert waren, rückten seit den 2000er Jahren immer mehr regionale und kommunale Dienstleistungen in den Mittelpunkt. Heute gibt es kaum noch einen Bereich der öffentlichen Daseinsvorsorge, der nicht von Privatisierungspolitikern erfasst worden ist. Nach einer Untersuchung der Beratungsgesellschaft Ernst & Young (2007) hatten bereits im Jahr 2007 jede dritte Kommune und 72% aller größeren Städte (mit mehr als 200.000 Einwohnern) in Deutschland öffentliche Dienstleistungen privatisiert. Die Liste der potenziellen Objekte wurde dabei immer länger und reicht mittlerweile vom kommunalen Wohnungsbestand über örtliche Energieversorgung, Müllabfuhr und Straßenreinigung, die kommunalen Wasserbetriebe, den öffentlichen Nahverkehr, städtische Krankenhäuser und andere Bereiche des Gesundheits- und Sozialwesens bis hin zu sozialen und kulturellen Einrichtungen. Aktuelle Umfragen zufolge scheint der Privatisierungstrend bis heute ungebrochen zu sein. So planten im Jahr 2010 37% der befragten Kommunen weitere Privatisierungen, 2011 waren es sogar 43% (Ernst & Young 2011).

Neben dem direkten Verkauf öffentlicher Unternehmen spielen in vielen Bereichen auch so genannte Öffentlich Private Partnerschaften (ÖPP) eine immer wichtiger werdende Rolle (Gerstlberger/Schneider 2008, Grabow/Schneider 2009). Bei den ÖPP übernehmen private Unternehmen in einzelnen Bereichen der öffentlichen Daseinsvorsorge konkrete Aufgaben (z.B. Planung, Bau, Finanzierung und/oder Betrieb einer öffentlichen Einrichtung oder Infrastrukturmaßnahmen) und erhalten hierfür im Gegenzug von den öffentlichen Auftraggebern langfristige Einnahmegarantien z.B. in Form von Mietzahlungen oder Nutzungsgebühren. Die Vertragslaufzeit von ÖPP kann dabei bis zu 30 Jahre reichen.

Die Gründe für die umfangreiche Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen sind vielfältig. Hierbei mischen sich ideologische Vorstellungen mit handfesten Interessen und tatsächlichen Problemen des öffentlichen Sektors. So hat seit den 1980er Jahren die Auffassung immer mehr Verbreitung gefunden, dass private, im Wettbewerb stehende Unternehmen per se öffentlichen Einrichtungen und Betrieben überlegen sind. Gestützt wurden diese Auffassungen vor allem auch von denjenigen privaten Konzernen, die sich im Bereich der öffentlichen Daseinsvorsorge neue lukrative Anlagemöglichkeiten erhofften. Hinzu kamen reale Probleme und Ineffizienzen bei der Bereitstellung öffentlicher Dienstleistungen durch staatliche Unternehmen, die zumindest

zeitweise auch eine breite öffentliche Akzeptanz von Privatisierungsforderungen ermöglichten.

Schließlich wurde die Privatisierung durch eine Politik der Liberalisierung vorangetrieben, durch die staatliche Monopolstellungen aufgelöst und immer mehr Bereiche der öffentlichen Daseinsvorsorge dem Wettbewerb ausgesetzt wurden. Hierbei kommt insbesondere der Europäischen Union eine herausragende Stellung zu (Bieling u.a. 2008, Hermann/Flecker 2012). Die EU hat nicht nur immer wieder in wichtigen öffentlichen Dienstleistungsbereichen wie der Telekommunikation, der Post, der Strom- und Gasversorgung, dem öffentlichen Nahverkehr oder aktuell der Wasserversorgung durch eigene Richtlinien den europaweiten Liberalisierungsprozess vorangetrieben. Mit einer immer weiter gefassten Interpretation der so genannten ökonomischen Grundfreiheiten (wie der Kapital-, Dienstleistungs- und Niederlassungsfreiheit) im europäischen Binnenmarkt sind diejenigen Bereiche der öffentlichen Daseinsvorsorge, die nicht dem europäischen Wettbewerbsrecht unterstellt sind, immer kleiner geworden.

Der wichtigste Grund für die Privatisierung liegt jedoch bis heute in der umfassenden Krise des öffentlichen Finanzwesens und der strukturellen Unterfinanzierung öffentlicher Haushalte. Letztere ist vor allem das Ergebnis einer fehlgeleiteten Steuerpolitik, die dem Staat die nötigen Einnahmen und damit verbunden die politischen Handlungsspielräume systematisch entzogen haben. In der ersten Hälfte der 2000er Jahre hat die damalige rot-grüne Bundesregierung die direkten Unternehmenssteuern fast halbiert, die Vermögensteuer abgeschafft und den Spitzensatz der Einkommenssteuer massiv gesenkt. Würden heute noch die Steuergesetze von 1998 gelten, hätten Bund, Länder und Gemeinden allein im Jahr 2011 51 Milliarden Euro mehr an Steuereinnahmen. Für den gesamten Zeitraum 2000 bis 2011 summieren sich die Steuerausfälle aufgrund der rot-grünen Steuersenkungen auf über 380 Milliarden Euro (Tuger 2011). Hinzu kommen die Steuererleichterungen der gegenwärtigen schwarz-gelben Koalition, die seit 2010 zu weiteren Einnahmeausfällen zwischen 15 bis 20 Milliarden Euro pro Jahr geführt haben (Eicker-Wolf/Truger 2010).

In vielen öffentlichen Haushalten ist die Situation gegenwärtig äußerst prekär. Trotz konjunkturbedingter Mehreinnahmen sind nach Angaben des vom Deutschen Institut für Urbanistik (DIFU) erhobenen KfW-Kommunalpanel 2011 ein Drittel aller Kommunen und zwei Drittel aller größeren Städte in den Jahren 2011 und 2012 nicht in der Lage, einen aus-

geglichenen Haushalt vorzuweisen (DIFU 2011). Der jüngsten Umfrage von Ernst & Young zufolge rechnet fast jedes zweite Unternehmen für die kommenden Jahre mit einem erneuten Anstieg der Schulden. Während die Schere zwischen reichen und armen Kommunen immer weiter auseinander geht, geht etwa ein Drittel aller verschuldeten Städte und Gemeinden davon aus, ihre Schulden nicht mehr aus eigener Kraft zurückzahlen zu können (Ernst & Young 2012). Die prekäre Haushaltslage vieler Kommunen ist auch dafür verantwortlich, dass vielfach notwendige Investitionen z.B. in den Bereichen Schulen/Kinderbetreuung oder bei der Verkehrsinfrastruktur aufgeschoben oder gar nicht getätigt werden. Das DIFU schätzt den öffentlichen Investitionsrückstand bei Städten, Gemeinden und Landkreisen auf insgesamt 100 Milliarden Euro (DIFU 2011: 46f.).

Vor dem Hintergrund leerer Kassen verfolgt die Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen zwei wesentliche Ziele: Zum einen sollen durch den Verkauf öffentlicher Unternehmen die Haushaltsdefizite reduziert und damit bisweilen die Voraussetzung geschaffen werden, dass auf kommunaler Ebene überhaupt wieder politische Handlungsspielräume entstehen. Zum anderen wird mit der Privatisierung vielfach die Erwartung verbunden, dass private Unternehmen zusätzliche Investitionen tätigen und damit zum Abbau der öffentlichen Investitionsrückstände beitragen. Letzteres ist auch das Ziel der ÖPP, mit denen Investitionen getätigt werden können, ohne die öffentlichen Haushalte unmittelbar zu belasten. Für die Zukunft dürften die ÖPP deshalb weiter an Bedeutung gewinnen, da sie nicht zuletzt eine Möglichkeit eröffnen, die im Grundgesetz und in zahlreichen Landesverfassungen verankerte Schuldenbremse zu umgehen (Schumann 2013).

Rekommunalisierung als Gegentrend zur Privatisierung?

Angesichts des anhaltenden Privatisierungsdrucks durch prekäre öffentliche Haushaltslagen ist es umso erstaunlicher, dass seit Mitte der 2000er Jahre zunehmend eine Gegenbewegung zu beobachten ist, die unter dem Begriff »Rekommunalisierung« firmiert. Dahinter verbirgt sich im Kern die Rückführung ehemals privatisierter Bereiche der öffentlichen Daseinsvorsorge in den Verantwortungs- und Gestaltungsbereich öffentlicher Einrichtungen und Unternehmen. Bereits im Jahr 2007 kam eine repräsentative Umfrage zu dem Ergebnis, dass

jede zehnte Kommune in Deutschland darüber nachdenkt, die Bereitstellung bestimmter öffentlicher Dienstleistungen zu rekommunalisieren (Ernst & Young 2007).

Wie stark der Trend hin zu Rekommunalisierung tatsächlich ist und ob dieser gar eine »Renaissance der Kommunalwirtschaft« (Lenk u.a. 2012) einleitet, kann bisher nicht mit Sicherheit gesagt werden, zumal kaum empirische Studien hierzu vorliegen.¹ Gesichert scheint heute nur die Tatsache, dass es sich bei der Rekommunalisierung um ein Phänomen handelt, das mittlerweile deutlich über Einzelbeispiele hinaus geht und zunehmend die öffentlichen Debatten bestimmt.

Im Mittelpunkt der Rekommunalisierungsinitiativen steht derzeit insbesondere der Energiesektor. Nach Angaben der kommunalen Spitzenverbände wurden seit 2007 über 60 Stadtwerke neu gegründet und über 170 Konzessionen zur Strom- und Gasversorgung nicht mehr an private Anbieter, sondern an die Kommunen und kommunale Unternehmen vergeben (Deutscher Städtetag u.a. 2012). Da in den kommenden Jahren weiterhin viele kommunale Konzessionsverträge auslaufen, gehen die kommunalen Spitzenverbände davon aus, dass auch zukünftig Kommunen vermehrt die Gelegenheit nutzen werden, ihre Stromversorgung zu rekommunalisieren.

Über den Energiesektor hinaus mehren sich mittlerweile auch Beispiele aus anderen Branchen. Hierzu gehören vor allem die Abfallentsorgung, die Straßenreinigung und die Wasserversorgung. Einzelbeispiele gibt es darüber hinaus im öffentlichen Nahverkehr, in der Gebäudereinigung, dem Wohnungsbau und in verschiedenen sozialen Bereichen.

Die Gründe, die die öffentliche Hand dazu bewegen, bestimmte Bereiche der Daseinsvorsorge nicht mehr von privaten Unternehmen durchführen zu lassen, sondern wieder in Eigenregie zu übernehmen, sind vielfältig. Am Beginn steht jedoch zumeist die nüchterne ökonomische Erfahrung, dass die mit der Privatisierung verbundenen Versprechen von mehr Effizienz und Kostenersparnis sich in der Praxis nicht bewahrheitet haben. In vielen Fällen haben sich die Kosten nach der Privatisierung deutlich erhöht, während zugleich die Qualität der Dienstleistungen oft zu wünschen übrig ließ. Dies gilt gerade auch für

¹ Vgl. Libbe u.a. 2011, Lenk u.a. 2011, Bauer u.a. 2012 sowie mit einer europäischen Perspektive Halmer und Hauenschild 2012. Siehe auch den Beitrag von Jens Libbe in diesem Band.

ÖPP-Projekte, vor denen mittlerweile sogar von den Bundes- und Landesrechnungshöfen gewarnt wird, weil sie in vielen Fällen nicht zu niedrigeren, sondern zu deutlich höheren Kosten für die öffentliche Hand geführt haben (Bundes- und Landesrechnungshöfe 2011). Hinzu kommt, dass insbesondere die kommunale Energieversorgung in vielen Fällen ein sehr profitables Geschäft darstellt. Gerade mit der Rekommunalisierung der Stadtwerke wird deshalb oft die Hoffnung verbunden, mit den Gewinnen aus dem Energiebereich den Haushalt sanieren oder andere, defizitäre Bereiche (z.B. kommunale Schwimmbäder) wieder quer-subventionieren zu können.

Neben dem ökonomischen Kalkül spielt bei vielen Kommunen jedoch auch der Aspekt der demokratischen Kontrolle und Steuerung der öffentlichen Daseinsvorsorge eine zentrale Rolle. Nach einer Umfrage der Universität Leipzig ist dies sogar der meist genannte Grund für die Durchführung von Rekommunalisierungen (Lenk u.a. 2011). Nachdem durch die Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen nicht zuletzt auch der ökonomische Gestaltungsspielraum vieler Kommunen immer weiter eingeschränkt wurde, scheint sich nun ein politischer Mentalitätswechsel anzudeuten, der auf die Rückgewinnung kommunaler Steuerungsoptionen und die Rückbesinnung auf die traditionellen Leitbilder öffentlicher Daseinsvorsorge setzt (Bauer 2012: 335). Letzteres geschieht nicht zufällig auch vor dem Hintergrund der großen Wirtschafts- und Finanzkrise nach 2008, die das Vertrauen in sich selbst überlassene Märkte und privatwirtschaftliche Strukturen nachhaltig erschüttert hat. Dabei geht es bei der Rückgewinnung kommunaler Steuerungsfähigkeit sowohl um eine Stärkung traditioneller Felder der kommunalen Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik als auch um die Bearbeitung neuer Themen wie z.B. die Förderung der Energiewende durch den Ausbau dezentraler Energiegewinnung.

Rekommunalisierung und Gewerkschaften

Eine politische Bewertung der aktuellen Rekommunalisierungstendenzen aus gewerkschaftlicher Sicht muss zunächst die Tatsache berücksichtigen, dass es »die« Rekommunalisierung gar nicht gibt, sondern dass sich hinter diesem »schillernden Begriff« (Libbe u.a. 2011) in der Praxis sehr unterschiedliche Formen der Re- und Neustrukturierung der öffentlichen Daseinsvorsorge verbergen können. Insgesamt

lassen sich mindestens vier Rekommunalisierungstypen unterscheiden (vgl. im Folgenden Bauer 2012: 337):

1. *Vermögensrekommunalisierung*, d.h. der (Rück-)Erwerb kommunalen Eigentums.
2. *Organisationsrekommunalisierung*, d.h. die Erhöhung kommunaler Geschäftsanteile an gemischtwirtschaftlichen Unternehmen, die Überführung von Kapitalgesellschaften in öffentlich-rechtliche Organisationsformen oder die Neugründung von Eigenbetrieben/Eigen-gesellschaften.
3. *Aufgabenrekommunalisierung*, d.h. die Rückholung operativer Dienstleistungen, das (Wieder-)Aufgreifen von bislang Privaten überlassenen Aufgaben oder die Vergabe von Konzessionen an öffentliche Betriebe und Gesellschaften.
4. *Hybride Rekommunalisierungsformen*, d.h. verschiedene Mischformen und Kombinationen von (Teil-)Rekommunalisierungen, darunter z.B. auch die Gründung von ÖPPs in ehemals vollständig privatisierten Bereichen.

Neben der Diskussion um die unterschiedlichen Formen der Rekommunalisierung muss außerdem berücksichtigt werden, dass ehemals privatisierte Tätigkeiten in einen öffentlichen Sektor zurückgeführt werden, der sich ebenfalls in den letzten beiden Jahrzehnten grundlegend verändert hat. Unter Anwendung von New Public Management-Konzepten wurden weite Teile des öffentlichen Sektors nach betriebswirtschaftlichen Steuerungsmethoden neu strukturiert. Dies hat zwar dazu beigetragen, manche ineffizienten und bürokratischen Praktiken in öffentlichen Unternehmen und Behörden zu überwinden, gleichzeitig geriet hierbei jedoch nicht selten die Gemeinwohlorientierung aus dem Blickfeld. Dies gilt umso mehr, als im Zuge der europäischen Liberalisierungspolitiken in vielen Bereichen der öffentlichen Daseinsvorsorge neue Märkte geschaffen wurden, auf denen sich nun öffentliche Unternehmen im Wettbewerb mit privaten Anbietern behaupten müssen. Anders als von manchen behauptet, bilden auch rekommunalisierte Bereiche keine »Exklaven im Kapitalismus« (Rogalla 2012).

Die häufig negativen Folgen der Privatisierungspolitik sind aus Sicht der Beschäftigten offensichtlich: Sie gingen in der Regel mit starkem Beschäftigungsabbau, (teilweiser) Tarifflicht, deutlicher Intensivierung der Arbeit bei geringerer Bezahlung und schlechteren Arbeitsbedingungen usw. einher (Brandt u.a. 2008). Aus gewerkschaftlicher Sicht ist deshalb bei der Bewertung von Rekommunalisierungsprojekten als

erstes nach den Konsequenzen für die Beschäftigten zu fragen. Hierbei gibt es durchaus sehr unterschiedliche Erfahrungen: So ist z.B. keineswegs automatisch gesichert, dass die Beschäftigten in rekommunalisierten Betrieben automatisch auch wieder in den Geltungsbereich der Tarifverträge für den öffentlichen Dienst zurückgeführt werden. Im Energiebereich kommt hinzu, dass die tariflichen Bedingungen in den großen privaten Energiekonzernen mitunter sogar besser sind als im öffentlichen Sektor, sodass hier die Befürchtung besonders groß ist, die Rekommunalisierung könnte mit einer Verschlechterung der Beschäftigungsbedingungen einhergehen.

Mit einer gewerkschaftlichen Unterstützung für Rekommunalisierungen kann nur dann gerechnet werden, wenn sie mit sicheren und tarifvertraglich geregelten Arbeitsplätzen einhergehen und bei den bestehenden Beschäftigungsverhältnissen mindestens ein Bestandschutz gewährleistet ist.² Hierzu gehört auch, dass der Prozess der Rekommunalisierung in einer offenen und für alle Beschäftigten transparenten Weise organisiert wird und die Betriebs- und Personalräte sowie Gewerkschaften aktiv einbezogen werden.

Der öffentliche Sektor genießt in der Bevölkerung nach wie vor ein großes Vertrauen. In Umfragen sprechen sich regelmäßig große Mehrheiten gegen die Privatisierung der öffentlichen Daseinsvorsorge aus. In zahlreichen lokalen Bündnissen und Initiativen engagieren sich immer mehr Bürgerinnen und Bürger gegen den Verkauf öffentlichen Eigentums. Hinter dieser breiten Unterstützung für den öffentlichen Sektor steht vor allem der Anspruch an eine nach sozialen und gemeinwohlorientierten Kriterien organisierte öffentliche Daseinsvorsorge, die nicht primär privatem Gewinnstreben unterliegt. Die Erfahrungen der letzten Jahrzehnte haben allerdings auch deutlich gemacht, dass allein die Frage des öffentlichen Eigentums noch keine Garantie für die Umsetzung dieser Ansprüche bildet (Lederer/Naumann 2010).

Um die Chancen, die die aktuelle Welle von Rekommunalisierungen bietet, tatsächlich nutzen zu können, ist darüber hinaus eine breite Debatte darüber notwendig, wie das Prinzip der Gemeinwohlorientierung wirtschaftlichen Handelns wieder stärker verankert und gefördert werden kann. Die Gewerkschaften können zu dieser Debatte einiges beisteuern. Sie können insbesondere darauf verweisen, dass es zwi-

² Vgl. hierzu z.B. die Stellungnahme zu Rekommunalisierungen vom ver.di Bezirk Berlin (2012).

schen der Bereitstellung umfassender, qualitativ hochwertiger und bürgernaher öffentlicher Dienstleistungen und den Arbeitsbedingungen derer, die diese Dienstleistungen ausfüllen sollen, einen unabwendbaren Zusammenhang gibt (Thorun 2012). »Gute Arbeit« im öffentlichen Sektor wird damit zu einer wesentlichen Voraussetzung für die Stärkung der Gemeinwohlorientierung. Gerade der enge Zusammenhang von Beschäftigten- und Verbraucherinteressen bildet somit einen zentralen Ansatzpunkt für das breite gesellschaftliche Engagement der Gewerkschaften im Hinblick auf die Zukunft der öffentlichen Daseinsvorsorge. Hierzu gehört neben der Stärkung des öffentlichen Sektors durch weitere Rekommunalisierungen eine andere Wettbewerbs- und Steuerpolitik, um auch die rechtlichen und materiellen Voraussetzungen für eine stärkere Gemeinwohlorientierung zu schaffen.

Literatur

- Ambrosius, Gerold (2002): Die historische Entwicklung der öffentlichen Daseinsvorsorge in Deutschland unter aktueller europäischer Perspektive, in: Rudolf Hrbek/Martin Nettesheim (Hrsg.), Europäische Union und mitgliedstaatliche Daseinsvorsorge, Baden-Baden, S.15ff.
- Ambrosius, Gerold (2008): Konzeptionen öffentlicher Dienstleistungen in Europa, in: WSI-Mitteilungen Nr. 10, S. 527ff.
- Bauer, Hartmut (2012): Zukunftsthema »Rekommunalisierung«, in: Die Öffentliche Verwaltung Bd. 65 (9), S. 329-338.
- Bauer, Hartmut/Büchner, Christiane/Hajasch, Lydia (Hrsg.) (2012): Rekommunalisierung öffentlicher Daseinsvorsorge, Universität Potsdam, KWI Schriften Nr. 6.
- Bieling, Hans-Jürgen/Deckwirth, Christina/Schmalz, Stefan (Hrsg.) (2008): Liberalisierung und Privatisierung in Europa, Münster.
- Brandt, Torsten/Schulten, Thorsten/Sterkel, Gabriele/Wiedemuth, Jörg (Hrsg.) (2008): Europa im Ausverkauf – Liberalisierung und Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen und ihre Folgen für die Tarifpolitik, Hamburg.
- Bundes- und Landesrechnungshöfe (2011): Gemeinsamer Erfahrungsbericht zur Wirtschaftlichkeit von ÖPP-Projekten, Wiesbaden (www.rechnungshof-hessen.de/fileadmin/veroeffentlichungen/veroeffentlichungen_hrh/Gemeinsamer_Erfahrungsbericht_zur_Wirtschaftlichkeit_von_OEPP.pdf).
- Deutscher Städtetag, Deutscher Städte- und Gemeindebund und Verband kommunaler Unternehmen (2012): Konzessionsverträge – Handlungsoptionen für Kommunen und Stadtwerke (aktualisierte Auflage), Berlin (www.staedtetag.de/imperia/md/content/dst/veroeffentlichungen/mat/broschuere_konzessionsvertraege_2012.pdf).

- Deutsches Institut für Urbanistik (DIFU) (2012): KfW- Kommunalpanel 2011, Frankfurt a.M.
- Eicker-Wolf, Kai/Truger, Achim (2010): Entwicklung und Perspektiven der Kommunalfinanzen in Nordrhein-Westfalen. Studie im Auftrag von ver.di NRW Landesfachbereich Gemeinden, Düsseldorf.
- Ernst & Young (2007): Privatisierungen und ÖPP als Ausweg? Kommunalfinanzen unter Druck – Handlungsoptionen für Kommunen, Stuttgart.
- Ernst & Young (2011): Kommunen in der Finanzkrise: Status quo und Handlungsoptionen 2011. Ergebnisse einer Befragung von 300 deutschen Kommunen, Februar.
- Ernst & Young (2012): Kommunen in der Finanzkrise: Status quo und Handlungsoptionen 2012/13. Ergebnisse einer Befragung von 300 deutschen Kommunen, November.
- Gerstlberger, Wolfgang/Schneider, Karsten (2008): Public Private Partnership in deutschen Kommunen, in: WSI-Mitteilungen Nr. 10, S. 556ff.
- Grabow, Busso/Schneider, Stefan (2009): PPP-Projekte in Deutschland 2009. Erfahrungen, Verbreitung, Perspektiven. Studie im Auftrag des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, Berlin.
- Halmer, Susanne/Hauenschild, Barbara (2012): (Re-)Kommunalisierung öffentlicher Dienstleistungen in der EU. Studie für die Österreichische Gesellschaft für Politikberatung und Politikentwicklung, Wien.
- Hermann, Christoph/Flecker, Jörg (Hrsg.) (2012): Privatization of Public Services, Abingdon/Oxford.
- Lederer, Klaus/Naumann, Matthias (2010): Öffentlich, weil es besser ist? Politische Gemeinwohlbestimmung als Voraussetzung einer erfolgreichen Kommunalwirtschaft, in: Berliner Debatte Initial 21 (4), S. 105ff.
- Lenk, Thomas/Rottmann, Oliver/Albrecht, Romy (2011): Renaissance der Kommunalwirtschaft – Rekommunalisierung öffentlicher Dienstleistungen. Studie im Auftrag der HypoVereinsbank (www.gemeinderat-online.de/fileadmin/default/files/PDF_Dokumente/Studie_HVB.pdf).
- Libbe, Jens/Hanke, Stefanie/Verbücheln, Maic (2011): Rekommunalisierung – Eine Bestandsaufnahme, Deutsches Institut für Urbanistik, Difu-Papers.
- Rogalla, Thomas (2012): Exklaven im Kapitalismus, in: Berliner Zeitung vom 13.6.
- Schumann, Harald (2013): Public-Private-Partnerships: Sabotage an der Schuldenbremse, in: Der Tagesspiegel vom 14.1.
- Thorun, Christian (2012): Beschäftigten- und Verbraucherinteressen: Bündnispartner oder Opponenten? Studie im Auftrag der Hans-Böckler-Stiftung, Bad Honnef (www.boeckler.de/pdf_fof/S-2011-481-1-1.pdf).
- Truger, Achim (2011): Für eine Neuausrichtung der Steuerpolitik, in: SPW Nr. 5, S. 18ff.
- ver.di Bezirk Berlin (2012): Aktualisierte Positionen zum Thema Rekommunalisierung. Beschluss des Bezirksvorstandes ver.di Berlin vom 15.10.2012 (<http://berlin.verdi.de/positionen/rekommunalisierung>).